

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BREMEN

25. Landesparteitag

9. und 10. November 2019

Bürgerhaus Oslebshausen –
Am Nonnenberg 40 Bremen

Antragsheft II

INHALT:

A – Antrag an den Landesparteitag	Seite 3
A2 Anerkennung LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik	Seite 3
A3 Regierungsbeteiligung beenden	Seite 4
A4 Bürgerantrag des Mietenratschlag unterstützen	Seite 5
A5 Bremer Strategiekonferenz der LINKEN	Seite 6
A6 Krankenhäuser ausfinanzieren	Seite 7
A7 Klimaneutrales Bremen	Seite 9
A8 Parteiarbeit stärken	Seite 10
A9 Amtszeiten begrenzen	Seite 12
A10 Antrag an das Frauenplenum / den Parteitag	Seite 13
A11 Sexismus bekämpfen	Seite 16
A12 Drogenkonsumräume	Seite 17
A13 Verkaufsverfahren Hulsberg stoppen	Seite 18
A14 Pflege gleichwertig betrachten	Seite 21
A15 Schuldenbremse ablehnen	Seite 21
Kandidaturen	Seite 25

Zusammenstellung: Andreas Hein-Foge

Druck: Landesgeschäftsstelle DIE LINKE. Bremen

A - Anträge

A2

Antragsteller*innen: AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Bremen

- 1 liebe Genossinnen und Genossen,
- 2 wir, die AG Selbstbestimmte
- 3 Behindertenpolitik Bremen, beantragen
- 4 unsere Anerkennung durch den Parteitag als
- 5 LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
- 6 Bremen.

Gründe:

als LAG wollen wir die Bundesarbeitsgruppe Selbstbestimmte Behindertenpolitik

stärken - unser Sprecher Florian Grams ist im Vorstand der BAG und er leitet auch die Bremer AG. Zusätzlich ist er der Behindertenpolitische Sprecher unseres Landesverbandes. Es geht darum (heute stärker als je) auf die Probleme behinderter Menschen und ihrer Familien aufmerksam zu machen.

Die AG SBB in Bremen besteht seit 2015. Ihr gehören 5 ständige Menschen, mit und ohne Behinderung, mit und ohne Parteiausweis, an. Darüberhinaus nehmen bis zu 3 weitere

Personen spontan an den AG-Sitzungen, welche durch Florian vorbereitet werden, teil.

Die Bremer AG ist ständig vertreten beim Bremer Behindertenparlament und bringt dort regelmäßig Anträge, die in der Gruppe erarbeitet wurden, ein - mit Erfolg.

Es wurde eine Veranstaltung (18.9.17) zum Bundesteilhabegesetz mit Rolf Kohne gemeinsam mit der IG Schwerbehinderte beim DGB organisiert und erfolgreich durchgeführt.

An den jährlichen Protesttagen nehmen wir sowohl als Demo-Teilnehmerinnen als auch mit Info-Fahrrad /-Stand teil.

Wer etwas nachlesen möchte: es gibt von uns einen AG-Flyer, eine kritische Broschüre zum Bundesteilhabegesetz und ein Flugblatt mit dem Titel "Wachsam sein für Menschlichkeit-Gegen Ausgrenzung und Rassismus" und nicht zuletzt gab es eine Zuarbeit zum Wahlprogramm.

Es ist an der Zeit, dass auch der Landesverband Bremen eine LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik hat.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A3

Antragsteller*innen: Olli Kornau

- 1 Die Partei DIE LINKE in Bremen kündigt nach
- 2 Beendigung des 25. Bremer Parteitages ihren
- 3 Rückzug aus der Regierungskoalition an. Bis
- 4 zu einer Neuordnung der Bremer Regierung
- 5 führen die gewählten/entsandten
- 6 Vertreter*innen der Partei DIE LINKE die
- 7 ihnen übertragenen Aufgaben fort.

Begründung:

Der emanzipatorisch-gestalterische Spielraum unserer Regierungsbeteiligung ist mit einigen Initiativen zur rechtlichen und teilweise finanziellen Besserstellung von (besonders und/oder mehrfach) benachteiligten Gruppen fast ausgeschöpft. Nun geht es in den Haushaltsberatungen um das Verschieben von Mitteln und der kreativen Schöpfung von „Sondermitteln“ mit unabsehbaren Folgen. Denn den vermutlich steigenden Einnahmen stehen sicher steigende Ausgaben gegenüber:

- aus regulären und erwartbaren gesetzlichen Verpflichtungen (z.B. den zurecht steigenden Gehältern im Öffentlichen Dienst oder den steigende Leistungen, basierend auf Rechtsansprüchen aus den Sozialgesetzbüchern, mit denen die teilweise dramatischen psychosozialen und gesundheitlichen

Folgen der horrenden Armut vieler Bremer*innen gemildert werden sollen)

- aus einem notwendigen Abarbeiten altbekannter Investitionsstaus in öffentlichen Infrastrukturen aller Bereiche
- aus derben „neuen“ Finanzlöchern (Gesundheit Nord, Flughafen u.a.)

Für all dies und noch mehr Notwendiges zur Verhinderung des weiteren Zerbrechens unseres schon arg gebeutelten gesellschaftlichen Zusammenhaltes ist das Geld, ehrlicher Weise eingestanden, schlicht nicht da. Schlimmer noch, es ist ja da, aber in den falschen Kassen, im Besitz der herrschenden Klasse. Und daran können wir so nichts ändern...

Es ist an der Zeit, dass wir wenigstens hier in Bremen den konsequenten Schluss ziehen, bevor es zum zwangsläufig Desaster einer Regierungsbeteiligung im hegemonialen Kapitalismus kommt. Wenn wir uns nicht weiter mitverantwortlich machen wollen, müssen wir als Partei der Blendung, Ausbeutung und Unterdrückung unserer Mitmenschen als politische und vor allem gesellschaftliche Opposition entgegentreten. Der Klassenkampf wird nicht in den Parlamenten gewonnen!

¡venceremos!

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A4

Antragsteller*innen: Christoph Spehr (Mitglied im Ko-Kreis des Mietenratschlages), Wilfried Scharfenberg (Mitglied im Ko-Kreis des Mietenratschlages), Dennis Altintas, (Ortsgruppensprecher LdW-Neustadt), Andrea Spangenberg (Vorstandsmitglied LdW)

Vom Bremer Mieter*innenratschlag, der sich nach der Bremer Mietendemo gebildet hat, wurde der Vorschlag eines Bremer Bürgerantrages formuliert

Mit der beabsichtigten Sammlung von 4000 Unterschriften ab November 2019 soll in der Bremer Öffentlichkeit die Mietenbelastung und Wohnungsnot weiterhin skandalisiert werden und die rot/grün roten Regierung politisch unter Druck gesetzt werden.

- 1 Wir beantragen, dass der Landesverband
- 2 diese Kampagne für einen Bürgerantrag
- 3 politisch und materiell unterstützt.

Begründung:

Im Koalitionsvertrag der r/g/r Regierung wird der Mietendeckel nach dem Berliner Modell auch für Bremen als politische Option benannt:

„Ein zeitlich begrenzter Mietendeckel für den Bestand, wie er zurzeit in Berlin angestrebt wird, kann auch für Bremen oder für einzelne Stadtteile zukünftig in Betracht kommen, falls die weitere Mietentwicklung dazu Anlass gibt. Dafür wollen wir die Erfahrungen in Berlin auswerten und den bremischen Mietmarkt im Rahmen des Stadtentwicklungsplans (STEP) Wohnen untersuchen, um daraus weitere Maßnahmen abzuleiten.“ (S.30 Koa-Vertrag)

Die Absichtserklärung ist relativ unverbindlich. Seit 7 Jahren verweist das Bremer Bündnis auf

- steigende Obdachlosenzahlen.
- rasant steigende Mieten mit der Folge von Verdrängungsprozess von Mietern aus attraktiven Innenstadtlagen
- rasant sinkender Bestand an Sozialwohnungen und Mangel an bezahlbaren Wohnungen.
- Neubauentwicklung in der Überseestadt und ehemaligen Brachflächen, die zu übersteuerten Wohnungen führen, da sie an den hohen Renditeerwartungen der Investoren orientiert ist. eine von Investoren getriebene Stadtentwicklung, (City Grabbing) die soziale Spaltungsprozesse vertieft.

Mit der Beteiligung an der Kampagne „Bürgerantrag“ wird das Thema Mietpreisentwicklung und Wohnungsnot begleitend zu den Haushaltsberatungen in die Öffentlichkeit getragen.

In Berlin aber auch in Bremen betreibt die Immobilienwirtschaft einen ideologischen Klassenkampf über den Wohnungsbau. Mit groß angelegten Werbekampagnen versucht sie die gesellschaftlichen Machtverhältnisse weiter zur Hegemonie neoliberaler Wohnungspolitik zu verschieben.

Bei diesem Klassenkampf können wir nicht nur als Zuschauer der Berliner Wohnungspolitik an der Seite stehen, sondern sollten wie DIE LINKE. in Niedersachsen und Hamburg, offensiv für

einen Mietendeckel auch in Bremen uns engagieren.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A5

Antragsteller*innen: Wilfried Scharenberg,
Andrea Spangenberg

1	Bremer Ratschlag – Auf zu neuen Ufern	26	• Bildungs- und Ausbildungssituation
2	Im Zeitraum Mitte Januar – Mitte Februar	27	• Migrations- und Flüchtlingspolitik in Bremen
3	wird auf Landesebene eine eine 2-tägige	28	• Klima- und Verkehrspolitik
4	Strategiedebatte nach dem Muster	29	• Etc
5	vergänger Konferenzen in Bremen	30	• Als auch Themen der Bundes- und EU-Ebene
6	durchgeführt.	31	• Wohnungs- und Pflegekampagne
7	Mit der Konferenz auf Landesebene soll die	32	• Widerstand gegen die Schuldenbremse – Für eine andere Steuerpolitik
8	bundesweite Strategiekonferenz vom 29.	33	• Antwort auf Rezession Tariffucht und Leiharbeit
9	Februar bis 1. März in Kassel inhaltlich	34	• Energie- und Klimapolitik
10	vorbereitet und auch die Bremer	35	• Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus
11	Parteimitglieder und Bündnispartner im	36	• Parteientwicklung- und Strategie
12	Vorfeld in den Diskussionsprozess einbezogen	37	• Bündnispolitik und Aufbau von Gegenmacht gegen neoliberale Hegemonie
13	werden.	38	• Antimilitarismus – Raus aus der Nato – Krieg in Syrien
14	https://strategiedebatte.die-linke.de/start/	39	• Etc
15	Nach dem Muster vergänger Bremer	40	
16	Ratschläge könnte die Konferenz mit einer	41	
17	Podiumsdiskussion eingeleitet werden, an der	42	
18	sich inhaltliche Workshops anschließen.	43	
19	Die Themen sollten Politikfelder der	44	
20	Landesebene:	45	
21	• Wohnungs- und Stadtentwicklung in	46	
22	Bremen – bisherige Bilanz der	47	
23	Koalition	48	
24	• Bremen als Hochburg der Leiharbeit	49	
25	und Rüstung	50	Der Landesvorstand wird dazu aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Kreisvorständen, interessierten Genoss*innen und der Fraktion die Konferenz organisatorisch und inhaltlich vorzubereiten. Es ist sicherzustellen, dass diese Konferenz als Basiskonferenz zur

56 Selbstverständigung der Mitglieder und ihrer
 57 gewählten Organe vorbereitet und
 58 durchgeführt wird.
 59 Um unseren Anspruch als verbindende und
 60 organisierende Partei zu entsprechen,
 61 werden in diese Konferenz Bremer

62 Bündnispartner aus den Gewerkschaften, der
 63 Klima- und Friedensbewegung, der
 64 Flüchtlingsbewegung und Aktivisten der
 65 Proteste gegen Hartz IV und Wohnungsnot
 66 eingeladen.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A6

Antragsteller*innen: Sebastian Rave, Roman Fabian, Peter Erlanson, Fabrice Wendt, Friederike Emole, Daniel Urbach, Maja Tegeler, Karl Brönne

1 **Krankenhäuser ausfinanzieren,**
 2 **Personalbemessung einführen**
 3 Das erste mal in der Geschichte hat Bremen
 4 eine linke Gesundheitssenatorin. Die
 5 Erwartungen von Beschäftigten im
 6 Gesundheitsbereich und von Patient*innen
 7 sind hoch. Wir wollen klar machen, was für
 8 einen deutlichen Kurswechsel in der Bremer
 9 Gesundheitspolitik nötig ist.
 10 Die wohnortnahe Patient*innenversorgung
 11 muss erhalten und ausgebaut werden, dazu
 12 benötigen wir jedes Krankenhaus (14 im
 13 Lande Bremen), jede Station und einen
 14 deutlichen Zuwachs an Fachpersonal. Ob
 15 Patient*innen ambulant, teilstationär oder
 16 vollstationär versorgt werden, unterliegt der
 17 medizinischen Notwendigkeit und nicht
 18 finanziellen Vorgaben.

19 **Investitionsmittel erhöhen, Krankenhäuser**
 20 **ausfinanzieren**
 21 Bremen muss die Investitionen in die
 22 Krankenhäuser deutlich erhöhen. Die
 23 jahrelange Unterschlagung der notwendigen
 24 Investitionsmittel durch das Land Bremen hat
 25 in den Krankenhäusern einen
 26 existenzgefährdenden Sanierungsstau und
 27 einen die Patientenversorgung gefährdenden
 28 Fachkräftemangel hinterlassen. Damit muss
 29 Schluss sein.
 30 Wir fordern:
 31 • Die Entschuldung der Gesundheit
 32 Nord
 33 • Eine Finanzierungszusage des Senats
 34 für
 35 ○ das dringend notwendige neue
 36 Bettenhaus am Klinikum Links der
 37 Weser in Obervieland
 38 ○ für die Sanierung des Klinikum
 39 Bremen Ost
 40 ○ für die notwendigen Investitionen
 41 in das Klinikum Bremen Nord

- 42 • Den Erhalt der Kinderkliniken in
43 Bremen Nord & Links der Weser, mit
44 einer neonatologischen Versorgung
45 nach Level II
- 46 • Den Erhalt des Rückzugshauses der
47 GAPSY und den Ausbau der
48 ambulanten Psychiatrie - bei
49 Vergütung der Beschäftigten nach
50 TVöD

51 **Personalbemessung einführen**

52 Notwendig sind nicht nur Investitionen in
53 Beton und Geräte sondern auch in
54 Maßnahmen der Gesundheitserhaltung des
55 Personals. Der Fachkräftemangel,
56 insbesondere in der Krankenpflege ist
57 katastrophal. Wenn wir wollen, dass wieder
58 mehr Menschen einen Beruf in der
59 Krankenpflege ergreifen und diesen dann
60 auch langfristig ausüben, müssen wir für
61 vernünftige Arbeitsbedingungen und eine
62 angemessenen Bezahlung sorgen. Dafür
63 braucht es eine gesetzliche, bedarfsgerechte
64 Personalbemessung im Land Bremen,
65 angelehnt an die Forderungen des Bremer
66 Volksbegehrens für mehr
67 Krankenhauspersonal. Zudem muss eine
68 sofortige Personaloffensive gestartet werden
69 und alles dafür getan werden, dass das
70 vorhandene Personal weiterhin für die
71 Patient*innenversorgung zur Verfügung
72 steht.

73 **Demokratische Kontrolle durch die**
74 **Beschäftigten**

75 Es deutet einiges auf Missmanagement bei
76 der Geno hin. Dagegen helfen keine teuren
77 Managementberater, die den Wasserkopf nur
78 vergrößern. Die Beschäftigten im

79 Krankenhaus wissen am besten, wo der
80 Schuh drückt. Sie müssen viel stärker als
81 bisher in die Verwaltung der Krankenhäuser
82 und in die Erarbeitung einer medizinischen
83 Strategie einbezogen werden.
84 Entscheidungen müssen von Beschäftigten,
85 Gewerkschaften, Patient*innenvertretungen
86 und dem Land getroffen werden.

87 **GND und Co. wieder eingliedern**

88 Die Ausgliederung der nicht-medizinischen
89 Versorgung wie Reinigung, Sicherheit, Logistik
90 in z.B. die GND (Gesundheit Nord
91 Dienstleistungen), um Löhne zu kürzen, muss
92 rückgängig gemacht werden. Die GND und
93 ihre Beschäftigten müssen wieder vollständig
94 in die Krankenhäuser eingegliedert werden
95 und die Vergütung nach TVöD erfolgen.

96 **Fallpauschalen abschaffen**

97 Die Krankenhausfinanzierung durch
98 Fallpauschalen ist krank, falsch und
99 unsolidarisch. Sie öffnet Profitorientierung
100 und Konkurrenz im Gesundheitswesen Tür
101 und Tor. Stattdessen fordern wir auf allen
102 Ebenen eine Ausfinanzierung der
103 Krankenhäuser nach Bedarf.

104 **Mobilisieren und kämpfen, um Forderungen**
105 **durchzusetzen**

106 Um diese Forderungen durchzusetzen,
107 braucht es politischen Druck auf den Senat.
108 Wir wollen gemeinsam mit Beschäftigten,
109 Patient*innen, Gewerkschaften und
110 Bündnissen dafür kämpfen. Wir wollen
111 Mobilisierungen initiieren und unterstützen.
112 Denn ein gesundes Gesundheitssystem geht
113 alle an

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A7

Antragsteller*innen: Ingo Tebje, Felix Pithan

1 Für ein klimaneutrales Bremen

2 Angesichts der Gefahren durch den vor allem
3 von der Verbrennung fossiler Brennstoffe
4 verursachten Klimawandel müssen wir den
5 Ausstoß von Treibhausgasen auch in Bremen
6 so schnell wie möglich auf null reduzieren.
7 Der Koalitionsvertrag setzt eine Reduktion
8 um 80% bis 2030 (mit Ausnahme der
9 Stahlwerke) als Ziel. DIE LINKE. Bremen
10 unterstützt darüber hinaus die auch von
11 Fridays for Future erhobene Forderung, dass
12 Bremen bis 2030 klimaneutral werden soll.
13 Dazu braucht es hier vor Ort erhebliche
14 Anstrengungen in der Verkehrswende, dem
15 Umbau zu einem klimaneutralen
16 Gebäudebestand, einen beschleunigten
17 Kohleausstieg, einen massiven Einstieg in die
18 Wasserstoffherstellung, einen starken
19 Ausbau der Photovoltaikanlagen und eine
20 konsequente Klimaschutzpolitik auf Bundes-
21 und europäischer Ebene.

22 1. Verkehrswende durch Ausbau des ÖPNV 23 und Klimaschutzquartiere

24 Wir wollen den Ausstieg aus der Technologie
25 des Verbrennungsmotors bis 2030 schaffen.
26 Der motorisierte Individualverkehr soll in
27 Bremen und Bremerhaven zur Ausnahme
28 werden und nur noch abgasfrei aus
29 erneuerbaren Energien betrieben werden.
30 Dazu braucht es einen zügigen und
31 ambitionierten Ausbau des
32 Straßenbahnnetzes und zusätzlicher S-Bahn-
33 Haltepunkte auch über den Technologiepark
34 hinaus, ein sicheres, komfortables, schnelles
35 und flächendeckendes Radwegenetz sowie
36 einen städtebaulichen Umbau von der
37 autogerechten zur menschengerechten Stadt.

38 Wir halten an unserer Forderung nach einem
39 kostenfreien, als gesellschaftliche Aufgabe
40 von allen finanziertem ÖPNV fest.

41 Über die autofreie Innenstadt hinaus wollen
42 wir öffentlichen Raum von parkenden und
43 fahrenden PKW befreien, um Platz für eine
44 klimaschonende Mobilität und gesteigerte
45 Lebensqualität zu schaffen. Wir wollen
46 autoarme Klimsschutzquartiere zuerst in den
47 innenstadtnahen, schon gut vom ÖPNV
48 erschlossenen Stadtteilen einrichten und mit
49 dem Ausbau des ÖPNV Schritt für Schritt
50 ausweiten. In den Klimaschutzquartieren soll
51 es stationsgebundenes Bikesharing mit
52 kostenlosen Fahrten bis 30 min nach
53 Hamburger Vorbild, ausleihbare Lastenräder
54 und Fahrradständer in allen Straßen geben.
55 Die Quartiere müssen komplett mit sicheren
56 Radwegen erschlossen werden. In
57 Klimaschutzquartieren wird flächendeckende
58 Parkraumbewirtschaftung mit
59 Anwohner*innenparkplätzen eingeführt.
60 Illegales Parken wird konsequent geahndet.
61 Ein Teil des bisherigen Parkraums wird für
62 Fuß- und Radwege,
63 Fahrradabstellmöglichkeiten und eine
64 größere Aufenthaltsqualität im öffentlichen
65 Raum durch Spielplätze, Sitzgelegenheiten
66 und Straßenbegrünung umgewidmet. Straßen
67 können verkehrsberuhigt oder teilweise
68 zurückgebaut bzw. spurweise zu Radwegen
69 umgewidmet werden. Diese Maßnahmen
70 sollen mit den Beiräten und unter Beteiligung
71 der Bürger*innen für jeden Stadtteil auf dem
72 Weg zum Klimaschutzquartier erarbeitet
73 werden.

74 2. klimaneutraler Gebäudebestand

75 Bremen muss mit guten Beispiel voran gehen
76 und die notwendigen energetischen

77 Sanierungsmaßnahmen an öffentlichen
 78 Gebäuden voran treiben. Ziel muss sein, den
 79 Verbrauch von Heizenergie massiv
 80 abzusenken und mindestens die
 81 Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der
 82 verbleibende Energieverbrauch bis 2030 aus
 83 erneuerbaren Energien gedeckt werden kann.
 84 Für die energetische Sanierung von
 85 Mietwohnungen wollen wir ein
 86 Landesprogramm für warmietenneutrale
 87 energetische Sanierungen schaffen.
 88 Angesichts der massiv steigenden Baukosten
 89 auch wegen der hohen Nachfrage im
 90 Baubereich muss der Senat prüfen, welche
 91 zusätzlichen Planungs- und eigenen
 92 Baukapazitäten in öffentlicher Hand sinnvoll
 93 wären.

94 3. Erneuerbare Energien

95 Wir wollen wie im Koalitionsvertrag
 96 festgeschrieben alle aus technischer und
 97 wirtschaftlicher Sicht dazu geeigneten
 98 öffentlichen Dächer mit Photovoltaikanlagen
 99 ausrüsten. Der Senat soll im Laufe des
 100 nächsten Jahres eine Bestandsaufnahme und
 101 einen Umsetzungsplan vorlegen, mit dem alle

102 jetzt erkennbaren Potentiale spätestens 2030
 103 ausgenutzt werden.

104 Darüber hinaus soll der Bremer Senat die
 105 bremer Unternehmen und die bremer
 106 Energiewirtschaft darin unterstützen, um
 107 verschieden Projekte der
 108 Wasserstoffherstellung in Bremen
 109 anzusiedeln und auszubauen. Auch eine
 110 Beteiligung an strategischen
 111 Gemeinschaftsunternehmen ist dabei zu
 112 prüfen.

113 Da die öffentliche Hand zur Zeit Kredite mit
 114 Zinsen unterhalb der Inflationsrate
 115 aufnehmen kann, die Folgekosten
 116 unterlassener Investitionen in den
 117 Klimaschutz aber enorm sind, gebietet auch
 118 die Klimakrise eine Abschaffung der
 119 Schuldenbremse. Die von uns
 120 vorgeschlagenen Investitionen in den
 121 Klimaschutz sind volkswirtschaftlich und oft
 122 sogar betriebswirtschaftlich sinnvoll und
 123 müssen ohne Zeitverzug begonnen werden.
 124 Wir begrüßen die dazu beginnende Debatte
 125 auf Bundesebene und wollen die
 126 entsprechende Diskussion auch in Bremen
 127 führen.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A8

Antragsteller*innen: Karl Brönnle, Friederike
 Emole, Anna Fischer, Sofia Leonidakis, Maja
 Tegeler, Olaf Zimmer

1 Parteiarbeit stärken

2 1. Der*die Landesschatzmeister*in prüft
 3 Möglichkeiten, wie die Arbeit der
 4 Landessprecher*innen durch zusätzliche

5 Ressourcen, etwa durch
 6 Aufwandsentschädigungen, unterstützt
 7 werden können. Diese sollen der besseren
 8 Vereinbarkeit von Familie und Engagement in
 9 der Partei sowie der Ermöglichung von
 10 Reduzierung von Erwerbsarbeit dienen.
 11 Der*die Landesschatzmeister*in legt
 12 verschiedene Varianten hierfür dem

- 13 Landesvorstand vor, der über diese
14 beschließt.
- 15 2. Ein Schwerpunkt der Aktivitäten unserer
16 Partei muss die politische Arbeit in den
17 Stadtteilen und den Bewegungen sein. Der
18 Landesvorstand und die Kreis- bzw.
19 Ortsverbände sollen unter Einbeziehung der
20 Fraktionsmitglieder dazu Möglichkeiten
21 entwickeln, wie strukturelle Bedingungen für
22 die Arbeit in den Kreis- und Ortsverbänden
23 effizienter und attraktiver gestaltet werden
24 können.
- 25 Geprüft werden soll dabei unbedingt auch:
- 26 ○ ob und wie die Landesgeschäftsstelle
27 ggf. stärker in Verwaltungsaufgaben
28 der Kreisverbände einbezogen
29 werden kann,
 - 30 ○ ob die Stärkung der
31 Abgeordnetenbüros durch die
32 Schaffung zusätzlicher Minijobs – ggf.
33 auch nur in Einzelfällen – zielführend
34 wäre,
 - 35 ○ ob die Gründung bzw. Stärkung von
36 Basisgruppen gegebenenfalls als
37 Alternative für die formalen Rahmen
38 von Kreisverbänden/-vorständen die
39 politische Arbeit verbessern würde,
 - 40 ○ wie wir als Partei DIE LINKE
41 Strukturen schaffen können, die die
42 Kontakte zu sozialen Bewegungen
43 verstetigen und diese selbst stärken.

Begründung:

Unser Anspruch an uns als Partei ist in den letzten Jahren und gerade durch unsere neue Rolle als Regierungsmitglied stark gewachsen. Wir wollen es schaffen, auch in der Regierung diese kritisch zu begleiten, wenn notwendig zu intervenieren und eine Brücke zwischen Regierung, Parlament und Bewegung zu sein. „Partei in Regierung und Bewegung“ heißt es deshalb auch im

Leitantrag für diesen Parteitag. Diese neuen Ansprüche mit unseren bisherigen Strukturen zu bewältigen bedeutet an vielen Stellen zum einen eine Intensivierung der bisher sowieso bestehenden Aufgaben und zum anderen ganz neue Aufgaben, in die wir uns erst einfinden müssen.

In unseren Augen müssen diese veränderten Aufgaben und neuen Zielsetzungen auch bedeuten, sich mit den strukturellen Bedingungen unserer politischen Arbeit auseinander zu setzen und auch hier nach Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen. Wie können wir unseren Ansprüchen gerecht zu werden, ohne die Grenzen des Ehrenamts zu überschreiten oder gar Menschen von Partei-Arbeit abzuschrecken? Wie können wir das Engagement in der Partei so gestalten, dass es nicht zu Frust und Überforderung führt?

Der Antrag setzt zum einen an der Gestaltung der Positionen der Landessprecher*innen an und zum anderen an der Arbeit in den Kreis- und Ortsverbänden.

Die Landessprecher*innen vertreten Die Linke im Koalitionsausschuss, einem Gremium, dem die Senator*innen, sowie die Landesvorsitzenden der Grünen und der SPD angehören. Der Koalitionsausschuss tagt monatlich und ist dafür verantwortlich, die Arbeit der Regierung in Bezug auf den Koalitionsvertrag abzustimmen und falls es zu Unstimmigkeiten kommt, Kompromisse zu verhandeln. Damit sind die Landessprecher*innen mit verantwortlich dafür, die Rolle der Linken als kritische Stimme in der Regierung wahrzunehmen und müssen diese Aufgabe entsprechend gut vorbereitet angehen.

Darüber hinaus nehmen die Landessprecher*innen als Teil des Geschäftsführenden Landesvorstands auch weiterhin wichtige Funktionen in der Partei wahr: Sie sind Arbeitgeber*in der Mitarbeiter*innen der Landesgeschäftsstelle, koordinieren die Arbeit des Landesvorstands und vertreten Die Linke Bremen nach außen.

Diese verschiedenen Aufgaben waren immer schon relativ umfassend, haben durch die Regierungsbeteiligung unserer Partei zugenommen und sind vor allem noch wichtiger geworden. Es ist notwendig, dass die Landessprecher*innen genug Kapazitäten haben, diese Aufgaben wahrzunehmen.

Dafür kann es erforderlich sein, durch eine finanzielle Unterstützung ein Engagement für dieses zeitraubende Parteiamt überhaupt erst möglich zu machen. Politisch wichtige Funktionen wahrzunehmen darf nicht zur Vorbedingung haben, über eine finanzielle Absicherung zu verfügen!

Die Kreis- und Ortsverbände sind die Basisstrukturen, in denen sich Aktive unserer Partei organisieren. Die politische Arbeit in den Stadtteilen muss gerade hier verankert sein und für Neumitglieder muss es hier Möglichkeiten geben, aktiv zu werden und Die Linke kennen zu lernen. Dafür notwendig sind Stadtteilbüros, die über ausreichende Ressourcen z.B. für Büroöffnungszeiten verfügen. Die Aktiven der Kreis- und Ortsverbände übernehmen oft Verantwortung in den Vorständen. Die Wahrnehmung und Beschränkung auf formale Vorstands-Aufgaben frisst oftmals die knappen Personal-Ressourcen, die wir für politische Arbeit im Stadtteil und in Bewegungen dringender brauchen. Wir müssen überlegen, wie wir die Arbeit in den Kreis- und Ortsverbänden effizienter, ressourcenschonender und attraktiver gestalten können, um Kapazitäten für politische Arbeit im Stadtteil und in den Bewegungen zu gewinnen..

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A9

Antragsteller*innen: Olli Kornau

Begründung:

- 1 Die Partei DIE LINKE in Bremen beschließt
- 2 zusätzlich zu bestehenden Regelungen auf
- 3 Landes- und Bundesebene, dass in öffentliche
- 4 Ämter (Stadtverordnetenversammlung,
- 5 Bürgerschaft, Beiräte u.ä.) gewählte
- 6 Mitglieder oder Vertreter*innen der Partei
- 7 DIE LINKE, diese Ämter maximal zwei
- 8 Legislaturen besetzen dürfen.

a) Die Arbeit der gewählten Genoss*innen ist anstrengend und zeitraubend. Aber sie ist kein Zauberwerk. Alle unsere Mitglieder können dazu befähigt werden, diese öffentlichen Ämter auszuüben. Im Sinne der Verbreitung von Theorie und Praxis brauchen wir einen stärkeren Wechsel in den öffentlichen Ämtern.

b) Mögen die Posten auch noch so unbedeutend für das Große Ganze sein; Macht korrumpiert auf die eine oder andere Weise. Dies nicht einzugestehen ist naiv und fahrlässig, für einen emanzipatorischen Kampf sogar gefährlich.

c) Ein häufigerer Wechsel in den öffentlichen Ämter bringt mit großer Wahrscheinlichkeit eine lebendigere Organisation hervor. Eine fortlaufend Analyse der Machtverhältnisse und die Ausarbeitung.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A10 an Frauenplenum / Parteitag

Antragsteller*innen: Anna Fischer, Friederike Emole, Andrea Spangenberg, Bettina Fenzel, Maja Tegeler, Sofia Leonidakis, Anke Maurer, Medine Yildiz

In den vergangenen Monaten und Jahren sind einige Dinge passiert, die uns zum Verfassen dieses Antrags und zur Einberufung des Frauen*plenums gebracht haben. Wir wollen diese Vorfälle und Strukturen nicht länger hinnehmen und uns an dieser Stelle den Raum nehmen, diese zu thematisieren und Veränderungen zu fordern.

An dieser Stelle seien ein paar Vorfälle sowie grundsätzliche Strukturen benannt, die dafür sorgen, dass der Landesverband dieser Partei zu oft kein sicheres oder freundliches Umfeld für Frauen* und LGBTQ* (lesbische, schwule, bisexuelle, inter, trans und queere* Personen) ist.

- Trotz des Wissens um krass übergriffiges, sexistisches und traumatisierendes Verhaltens, sowie sexualisierten Grenzüberschreitungen durch

ein männliches Parteimitglied wurde dies jahrelang ignoriert, toleriert und verschwiegen. Es wurde nichts unternommen, um die betroffene Genossin z.B. auf Parteiveranstaltungen zu schützen. Kritik von weiteren Genossinnen wurde ebenso ignoriert, heruntergespielt und abgewürgt. Der Täter wurde weiterhin gefördert und nachdem Betroffene das Verhalten thematisiert hatten verteidigt. An dieser Stelle braucht es Konsequenzen, die Betroffene schützen!

- Auf der Kreismitgliederversammlung des Kreisverbands Mitte-Ost im September 2019 wurden enorme Bemühungen angestellt, um einen Kandidaten, der durch jahrelanges sexistisches und übergriffiges Verhalten aufgefallen ist, gegen die Benennung dieses Verhaltens zu verteidigen und zu schützen. Die aggressive und manipulative Weise, mit der den betroffenen Genossinnen die Legitimität ihrer Positionierung gegen den Kandidaten abgesprochen wurde, führte für diese zu einer extrem unangenehmen und feindlichen Situation. Dabei wurde

suggestiert, dass ja der benannte Kandidat das Opfer der Aussprache gegen ihn und der Offenlegung seines Verhaltens wäre. Damit wurde das Verhältnis von Täter und Opfer umgekehrt und versucht diejenigen, die Sexismus angesprochen hatten, zum Schweigen zu bringen. Im Nachgang wurde darüber hinaus sogar davon gesprochen, dass auf der KMV "Sexismus instrumentalisiert" worden sei. Nicht Genossinnen, die Sexismus benennen und versuchen dagegen anzugehen sind das Problem, es sind die Sexisten selbst sowie diejenigen, die sie schützen und weiter fördern!

- Stalking/Nachstellung durch ein weiteres männliches Parteimitglied gegen eine Genossin – auch im Rahmen von Parteiveranstaltungen. Auch wenn dies von anderen Genoss*innen nicht ignoriert wurde, gab es einen Mangel an Möglichkeiten, Parteeräume sicher zu gestalten oder der betroffenen Genossin ein sicheres Gefühl auf Parteiveranstaltungen zu geben.
- Anzügliche, doppeldeutige Bemerkungen und Blicke gerade gegenüber jungen Frauen* und Mädchen* (ja, gerade gegenüber Minderjährigen passieren solche Dinge auch!). Wie wichtig ist uns unser Parteinachwuchs, wie lange wollen wir darüber lamentieren, dass ja so wenige junge Menschen und gerade junge Frauen* sich in der Partei engagieren, wenn solche Dinge nicht abgestellt werden können?
- Trans*- bzw. queere Personen erfahren in unserem Landesverband zwar überwiegend grundsätzliche Akzeptanz; dies täuscht aber nicht darüber hinweg, dass im persönlichen Umgang zum Teil immer noch Diskriminierungsmuster durchschlagen. Dies drückt sich z.B. durch (teilweise bewusstes)

„Misgendern“ (Verwendung falscher Anreden) aus oder dadurch, dass die betreffenden Personen in bestimmten Diskursen oder Kontexten oft nicht mitgedacht werden. Die leider wiederkehrende Erzählung, „zuviel Queer“ weiche feministische Fortschritte auf, ist hier das Gegenteil von hilfreich.

- Auf einer Demo vor der Bürgerschaftswahl kam es zu einem physischen Übergriff durch ein männliches Parteimitglied gegen eine Genossin. Das gleiche Mitglied hat mehreren weiblichen Genossinnen gegenüber psychischer Gewalt ausgeübt, sich respektlos und übergriffig verhalten, ohne dass andere Parteimitglieder oder -gremien eingeschritten sind.
- Auf mehreren Parteiveranstaltungen gabe es Grenzübergreife durch Männer gegenüber Frauen*, inklusive Begrapschen und extrem grenzverletzenden „Anmach“sprüchen. Offensichtlich betrachten einige männliche Genossen die weiblichen Parteimitglieder als eine Art Staffage, die Mann erniedrigen, beleidigen, betatschen und über die man in bestimmtem Umfang verfügen kann. Diese Form von patriarchalem Verhalten ist absolut inakzeptabel!
- Die grundsätzliche Stimmung in der Partei und auf Parteiveranstaltungen ist bestimmt durch männliches Mackergehabe und dominantes Redeverhalten. Dazu gehört unter anderem auch die x-te Wiederholung des Gesagten, weil vor allem männliche Genossen unbedingt alle einmal das Gleiche sagen wollen. Ellenlange Redelisten kosten uns Zeit, das Verhalten ist eine unnötige Raumnahme und sollte gerändert werden!

- Viele Sitzungen haben Familien-unfreundliche Sitzungszeiten und grenzen Menschen mit Doppelbelastung aus.
- Oft wird die Reproduktionsarbeit überwiegend von Frauen* übernommen: Abspülen nach Treffen, Bereitstellung von Verpflegung auf Sitzungen, Reinigung der Parteiörtlichkeiten. In einem feministischen Verband, der ein progressives Verständnis von Geschlechterrollen hat, sollte es für männliche Genossen selbstverständlich sein, insbesondere für diese Aufgaben Verantwortung zu übernehmen. (Auf den wenigen durchaus vorhandenen positiven Beispielen sollten wir aufbauen.)

Forderungen/Beschlussvorlage:

- Die Räumlichkeiten der Partei müssen sichere Räume sein. Es muss Möglichkeiten geben, übergriffige Personen aus den Räumlichkeiten und von Veranstaltungen auszuschließen! Es soll geprüft werden, auf welchen Ebenen und mit welchen Mitteln dies umgesetzt werden kann.
- Gremium & Verfahren: Es soll eine Ansprechstelle für von Sexismus und/oder Queerfeindlichkeit betroffenen Personen geschaffen werden. Diese Ansprechstelle kann an Kreis-/Landesvorstände, Versammlungen und Landesarbeitskreise dringende Empfehlungen aussprechen, wie im Kreis-/Landesverband mit Personen/Vorfällen umgegangen werden soll und steht betroffenen Personen unterstützend und parteilich zur Seite. Das Gremium kann darüber hinaus – wenn von betroffenen Personen gewünscht und auf anderen Wegen nicht erfolgreich – parteiintern Vorfälle thematisieren.
- Es muss klar sein, dass es absolut legitim, möglich und zu unterstützen ist,

- wenn Genossinnen*
- sexistisches/übergriffiges Verhalten bekannt
- machen. Es kann in unserer Partei kein
- Raum für Täter*innenschutz geben!
- Es sollen Möglichkeiten gefunden
- werden, wie auf Parteiveranstaltungen und
- insbesondere großen Versammlungen
- Strukturen geschaffen werden können, die
- von Sexismus betroffenen Personen
- Sicherheit geben. Eine Möglichkeit ist das in
- vielen Variationen bestehende "Awareness"-
- Konzept. Auch hier sollte das eigentlich
- überfällige Gleichstellungskonzept für den
- Landesverband ansetzen. Wir sprechen uns
- für verstärkte Bemühungen aus, dies endlich
- zu entwickeln.
- Grundsätzlich muss klar sein:
- Sexismus zu benennen muss in einer sich als
- feministisch und progressiv verstehenden
- Partei möglich sein. Täter zu schützen setzt
- patriarchale Strukturen und Traditionen fort,
- ist anti-emanzipatorisch und schreckt
- Frauen* von Engagement in der Partei ab.
- Die Ansprache von Sexismus durch den
- Vorwurf der Instrumentalisierung von
- Sexismus oder in irgendeiner anderen Weise
- abzuwerten gehört da ebenfalls dazu.
- Ebenfalls muss klar sein: Nein heißt Nein!
- Wir wundern uns immer wieder, dass dies
- heute noch formuliert werden muss, sehen
- es aber für notwendig dies an dieser Stelle
- noch einmal zu betonen. Wenn dieses
- Grundprinzip in unserer Partei nicht
- angekommen ist, schaffen wir einen gerade
- für Frauen* unsicheren Ort.
- Darüber hinaus muss klar sein: Alte/Ältere
- Männer, die sich an junge Frauen* ran
- machen, sie mit anzüglichen oder
- doppeldeutigen Bemerkungen und Blicken
- vor anderen bloßstellen oder den
- vermeintlich lustigen Onkel spielen und ihr

67 Alter (und ihren Status) als Vorteil
 68 ausnutzen, um Machtverhältnisse zu
 69 verfestigen, können in unserer Partei nicht
 70 willkommen sein. Wenn ihr nicht wisst, wie
 71 ihr mit jungen Frauen* / Mädchen*
 72 umgehen sollt, haltet euch fern! Wir sind
 73 hier, um Politik zu machen, wir verstehen
 74 uns als Genoss*innen und wollen solidarisch
 75 miteinander umgehen. Wir sind nicht hier,
 76 um uns in Komplimenten versteckte
 77 Bemerkungen über unser Aussehen, unser
 78 vermeintlich süßes Verhalten oder andere
 79 persönliche Dinge anzuhören.

80 • An dieser Stelle wollen wir nochmal
 81 auf die besondere Situation von queeren
 82 Personen – Lesben, Schwulen, Trans*, Inter*
 83 und nicht-binären Personen – aufmerksam
 84 machen. Durch doppelte bzw. mehrfache
 85 Diskriminierung sind diese Personen noch
 86 stärker von gesellschaftlicher Ausgrenzung,
 87 Grenzüberschreitungen und Sexismus und
 88 Queerfeindlichkeit betroffen. Gerade in
 89 unserer Partei ist es wichtig, dass wir für

90 queere Menschen sichere Räume schaffen
 91 und gesellschaftliche Machtverhältnisse
 92 nicht reproduzieren, sondern bekämpfen.

93 • Die vorgeschlagenen Strukturen
 94 beziehen sich bisher vorwiegend auf von
 95 Sexismus betroffene Personen. Im
 96 Bewusstsein, dass auch darüber hinaus
 97 gehende Diskriminierungsformen wie
 98 insbesondere Rassismus bestehen und auch
 99 in unserer Partei zu Ausgrenzung und
 100 Marginalisierung führen, wollen wir, dass
 101 diese vorgeschlagenen Strukturen
 102 weiterentwickelt werden und auch von
 103 Rassismus betroffene Personen
 104 unterstützen können bzw. Rassismus
 105 bekämpfen.

106 • Die Linke Bremen führt verstärkt –
 107 auch parteiintern – Veranstaltungsformate
 108 durch, die sich mit Sexismus und
 109 Queerfeindlichkeit beschäftigen und diese
 110 bekämpfen..

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A11

Antragsteller*innen: Kreisvorstand Mitte-Ost

1 Sexismus bekämpfen, anti-sexistische Kultur 2 in der Partei strukturell stärken

3 Der Landesparteitag beauftragt den
 4 Landesvorstand:

5 1. Für einen Termin im Frühjahr 2020 zu
 6 einer geeigneten Parteiveranstaltung (z.B.
 7 Landesmitgliederversammlung) zum Thema
 8 „Sexismus und anti-sexistische Kultur im
 9 Landesverband“ einzuladen.

10 2. Bis dahin in Abstimmung mit der
 11 Frauen-AG und den Kreisvorständen einen
 12 Vorschlag zu erarbeiten, wie anti-sexistische
 13 Kultur in der Partei strukturell besser
 14 abgesichert werden kann.

15 3. Dabei insbesondere die Einrichtung
 16 von Vertrauenspersonen/Ansprechpersonen
 17 einzubeziehen, an die Betroffene sich
 18 wenden können, und diese Position so zu
 19 beschreiben, dass sie nach klaren Vorgaben
 20 ausgeübt werden kann.

21 4. Zu prüfen, ob in der Landessatzung
 22 unter den Rechten und Pflichten der
 23 Mitglieder der Anspruch auf einen anti-
 24 sexistischen, diskriminierungsfreien und
 25 respektierenden Umgang innerhalb der Partei
 26 verankert werden kann/soll.

Begründung:

Im Landesverband besteht unverkennbar der Bedarf, sich verstärkt mit dem Thema Sexismus und anti-sexistische Kultur auseinanderzusetzen und entsprechende Standards stärker zu verankern. Dafür muss es mehr Raum und Zeit geben, als auf einem Landesparteitag zur Verfügung steht.

Anti-sexistische Kultur muss sich auch in strukturellen Maßnahmen niederschlagen. Die Einrichtung von Vertrauenspersonen/Ansprechpersonen, wie wir sie auch für Betriebe und andere Zusammenhänge einfordern, gehört dabei auf die Liste zu prüfender Maßnahmen für

die Partei. Dafür muss die Konzeption einer solchen Ansprechstelle klar sein, um für alle Beteiligten eine verlässliche und sichere Grundlage herzustellen (z.B. Vertraulichkeit, Beratung zum weiteren Vorgehen, Tätigwerden im Auftrag der Betroffenen).

Weder die Landes- noch die Bundessatzung führen einen anti-sexistischen, diskriminierungsfreien, respektvollen Umgang mit anderen Mitgliedern unter den Rechten und Pflichten der Mitglieder auf. Das führt z.B. dazu, dass entsprechendes Fehlverhalten nicht ohne Weiteres einen Satzungsverstoß darstellt und dass Parteiordnungsverfahren nur unter dem Gesichtspunkt des parteischädigenden Verhaltens greifen können, was sehr weiten Interpretationsspielraum eröffnet. Wenn Sexismus Konsequenzen haben und anti-sexistische Kultur die Norm sein soll, sollte geprüft werden, ob dies auch in der Landessatzung deutlich zu machen wäre..

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A12

Antragsteller*innen: Cornelia Barth

1 **Eine andere Drogenpolitik ist möglich – eine**
 2 **andere Drogenpolitik ist nötig!**

3 Wir haben miteinander, bzw. mit unseren
 4 Koalitionspartner*innen eine gute Grundlage
 5 für Veränderungen in der Drogenpolitik und
 6 für eine erweiterte Palette der Drogenhilfe
 7 gelegt. Diese Grundlage muss jetzt zügig in
 8 die Realität umgesetzt werden.

9 Der Landesparteitag der LINKEN. erwartet,
 10 dass die vereinbarten Verabredungen im
 11 Umgang mit Cannabis umgesetzt werden und
 12 es nicht mehr zu Anklagen und
 13 Verurteilungen wegen Bagatelldelikten
 14 kommt.

15 Des weiteren spricht sich der Landesparteitag
 16 dafür aus, dass jetzt ein Senatsbeschluss für
 17 die Einrichtung eines Drogenkonsumraumes
 18 im nächsten Haushalt gefasst wird.

angenommen	
abgelehnt	

nicht befasst	
überwiesen an:	

A13

Antragsteller*innen: Claudia Bernhard,
Medine Yildiz, Carmen Roland, Christoph
Spehr, Birgit Menz, Fabrice Wendt

1 Verkaufsverfahren am Hulsberg stoppen –
2 soziale Bodenpolitik und vorausschauende
3 Gesundheitspolitik konkret machen!

4 Seit 2004 wird das Projekt des
5 Krankenhausneubaus am Klinikum Bremen-
6 Mitte (Teilersatzneubau) verfolgt. In diesem
7 Zusammenhang wurde entschieden, einen
8 großen Teil der bisher genutzten Fläche
9 freizuziehen und für allgemeine Wohn- und
10 Mischbebauung freizugeben. Mit dem
11 Senatsbeschluss von 2008 zum veränderten
12 „Masterplan“ wurde die Fläche, die weiterhin
13 vom kommunalen Klinikverbund Gesundheit
14 Nord Bremen (GeNo) genutzt werden soll,
15 nochmals reduziert. Auf der freiwerden
16 Fläche von ca. 14 Hektar soll das „Neue
17 Hulsberg-Viertel“ entstehen.

18 Dabei wurden von Anfang an zwei Ziele
19 verfolgt: Die Entwicklung eines neuen
20 Stadtviertels und die Finanzierung eines Teils
21 der Neubau-Kosten durch den
22 Flächenverkauf. Die Vermarktung der Fläche
23 wird durch die
24 Grundstücksentwicklungsgesellschaft
25 Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co. KG
26 (GEG) betrieben, eine Tochtergesellschaft der
27 Stadt und der GeNo, die dazu 2013
28 vertraglich beauftragt wurde. Die GEG
29 wiederum hat dafür das private
30 Projektentwicklungs-Unternehmen „Hamburg
31 Team“ beauftragt. In diesem Jahr wurden die

32 ersten Flächen verkauft. Der Verkauf der
33 weiteren Flächen (noch etwa 80%) steht an.

34 Die Bodenpreise am Hulsberg sind
35 außerordentlich gestiegen und liegen bereits
36 bei ca. 1.700 Euro/qm. Insgesamt soll ein
37 Verkaufswert von ca. 85 Mio. Euro erzielt
38 werden, von dem aufgrund der hohen
39 Entwicklungs- und Vermarktungskosten
40 allerdings nur ca. 50 Mio. Euro bei der GeNo
41 ankommen werden. Am Ende soll keine
42 einzige Fläche des „Neuen Hulsberg-Viertels“
43 mehr im Besitz der Stadt oder einer
44 kommunalen Gesellschaft sein. Die Fläche
45 wird – so die derzeitige Planung – vollständig
46 privatisiert.

47 Die Orientierung auf den kompletten Verkauf
48 der Fläche zu hohen Bodenpreisen ist falsch.
49 Sie entspricht nicht der erklärten Absicht des
50 Koalitionsvertrags, den Verkauf städtischer
51 Flächen umgehend zu beenden und
52 stattdessen auf eine fortschrittliche
53 Bodenpolitik zu setzen, die das öffentliche
54 Eigentum an städtischen Flächen bewahrt
55 und vorzugsweise mit Vergabe in Erbpacht
56 arbeitet. Sie entspricht nicht dem Ziel, mehr
57 bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und
58 alternative Eigentumsformen wie
59 Genossenschaften zu stärken, denn die
60 hohen Preise schränken den Spielraum für
61 soziale Ziele massiv ein. Selbst die noch von
62 der alten Landesregierung beschlossene neue
63 Grundstückrichtlinie, wonach alternativ zum
64 Verkauf öffentlicher Flächen die Vergabe in
65 Erbpacht zu prüfen ist, wird ignoriert.

66 Im Gegensatz zu Erbpachtverträgen bietet
67 der Flächenverkauf keine Garantie, dass die
68 im städtebaulichen Vertrag festgesetzten
69 Nutzungen dauerhaft erhalten bleiben. Über
70 einen längeren Zeitraum kann es so zu einer
71 vollständigen sozialen Entmischung und zu
72 einem Verlust der derzeit teilweise noch
73 vorgesehenen kulturellen oder
74 gesundheitsnahen Nutzungen kommen.

75 Auch die Voraussetzungen der
76 Krankenhausplanung haben sich verändert.
77 Im Interesse einer guten
78 Gesundheitsversorgung und einer
79 zeitgemäßen Weiterentwicklung der GeNo
80 besteht ein hohes Interesse, die stationäre
81 Versorgung stärker mit anderen Angeboten
82 zu verzahnen. Dadurch entsteht
83 Flächenbedarf: Für teilstationäre Angebote,
84 Tagespflege, Ärztehäuser, Medizinische
85 Versorgungszentren, Ausbildung und
86 Weiterbildung. Im Zuge des
87 Fachkräftemangels wäre auch ein
88 arbeitsplatznahes Wohnungsangebot ein
89 kluger strategischer Zug.

90 Alle diese Möglichkeiten – Entwicklung des
91 Neuen Hulsberg-Viertels zu einem sozial
92 durchmischten, bezahlbaren Wohnviertel und
93 Nutzung der eigenen Fläche für neue Bedarfe
94 der Gesundheitsversorgung – werden derzeit
95 durch die stramme Verkaufsplanung und die
96 Vorgabe der maximalen Inwertsetzung
97 verhindert. Daher ist ein Kurswechsel
98 notwendig: Vergabe in Erbpacht statt
99 Verkauf, leistbare Bedingungen für soziale
100 Projekte, Berücksichtigung von
101 Flächenbedarfen für die zukünftige GeNo-
102 Entwicklung.

103 Ein solcher Kurswechsel ist nicht nur die
104 einzige Möglichkeit für eine soziale
105 Stadtentwicklung und eine vorausschauende
106 Gesundheitspolitik. Ein solcher Kurswechsel
107 ist auch ökonomisch vernünftig. Die

108 zukünftige Bodenwertsteigerung verbleibt bei
109 der Stadt, anstatt privaten Investoren zugute
110 zu kommen. Zu einem späteren Zeitpunkt
111 Flächen für Bedarfe des Klinikums neu
112 anzukaufen, wird wesentlich teurer kommen
113 und ungünstigere Lagen in Kauf nehmen
114 müssen. Der Einmaleffekt des Verkaufs
115 verbessert nicht das operative Ergebnis der
116 GeNo. Er stopft nur kurzfristige Finanzlücken,
117 um den Preis, die Wirtschaftlichkeit langfristig
118 zu verschlechtern.

119 Um die bereits für Krankenhausinvestitionen
120 der GeNo verplanten Verkaufseinnahmen zu
121 kompensieren, gibt es verschiedene
122 Möglichkeiten. Die Fläche könnte von der
123 Stadt oder einer öffentlichen Gesellschaft
124 gekauft werden (z.B. vom
125 Versorgungsvorsorge-Fonds oder von der
126 Aufbaubank) und mit einem moderaten,
127 gestaffelten Erbbauzins vergeben werden,
128 was im aktuellen Niedrigzins-Umfeld eine
129 sinnvolle Anlage darstellt. Ebenso könnte die
130 Fläche dauerhaft bei der GeNo verbleiben
131 und der kurzfristige Einnahmeausfall durch
132 eine Erhöhung des Betriebsmittelkredits
133 (oder durch Kapitalaufstockung) kompensiert
134 werden. Die GeNo würde so mit einem Teil
135 der Fläche dauerhafte, ergebnisverbessernde
136 Einnahmen durch Erbpacht erzielen. Keine
137 dieser Optionen würde sich negativ auf den
138 von der Schuldenbremse vorgegebenen
139 Ausgabenspielraum im Haushalt auswirken.

140 Die LINKE im Land Bremen fordert den Senat
141 auf, jetzt die Voraussetzungen für einen
142 Kurswechsel beim Hulsberg-Viertel zu
143 schaffen:

- 144 ○ Sofortiges Moratorium für den
- 145 Verkauf weiterer Flächen. Dafür sind
- 146 entsprechende
- 147 Gesellschafterbeschlüsse bei GeNo
- 148 und GEG herbeizuführen.

- 149 ○ Neue Bedarfsermittlung seitens GeNo
150 und Gesundheitsressort bezüglich der
151 Flächen im Hulsberg-Viertel. Dabei
152 sind z.B. die Bildungsakademie, das
153 Institut für Hygiene, das Institut für
154 Pharmakologie und ein Wohnhaus für
155 Pflegekräfte, Ärzt*innen und
156 Auszubildende zu berücksichtigen
157 und Spielräume für jetzt noch nicht
158 abschließend zu benennende
159 Optionen einzuplanen.
- 160 ○ Erstellen einer
161 Entscheidungsgrundlage, ob die nicht
162 von der GeNo genutzten Flächen im
163 Eigentum der GeNo verbleiben sollen
164 (die sie dann per Erbpacht vergeben
165 kann), oder ob eine andere
166 öffentliche Gesellschaft oder Einheit
167 die Flächen von der GeNo erwerben
168 soll (und dann als Erbpachtgeber
169 agieren soll). Im gleichen Zug muss
170 geklärt werden, wie der unmittelbare
171 Einnahmeverlust der GeNo (durch
172 den Verzicht auf Verkauf)
173 kompensiert wird.
- 174 ○ Anpassung der Ausschreibungen für
175 nicht von der GeNo genutzte Flächen
176 an eine Vergabe in Erbpacht (evtl. mit
- 177 Ausnahme kommunaler
178 Wohnungsbaugesellschaften). Die
179 Verringerung der Vermarktungsfläche
180 soll nicht auf Kosten des sozialen
181 Wohnungsbaus und der
182 Baugemeinschaften gehen.
183 Erbpachtverträge sollen so gestaltet
184 werden, dass soziale Nutzungen
185 gefördert und dauerhaft gesichert
186 werden.
- 187 ○ Neuverhandlung der Verträge mit
188 GEG und Hamburg Team
189 dahingehend, dass weniger Flächen
190 vermarktet werden und dass von
191 Verkauf auf Erbpacht umgestellt
192 wird.
- 193 Soziale Stadtentwicklung und
194 vorausschauende Krankenhauspolitik am
195 Hulsberg sind möglich. Es ist richtig und
196 notwendig, dafür mit der neoliberalen
197 Haltung der maximalen Inwertsetzung,
198 Privatisierung und kurzfristigen Erlöserzielung
199 zu brechen. Ein Stopp des Verkaufsverfahrens
200 ist nichts anderes als die Konkretisierung der
201 nachhaltigen Bodenpolitik, die sich die neue
202 Koalition nach eigenen Aussagen zum Ziel
203 setzt.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A14

Antragsteller*innen: Fabrice Wendt,
Friederike Emole, Fatma Nas, Birgit Menz

- 1 **Pflege im Krankenhaus, sowie in stationären**
- 2 **Einrichtungen und ambulanten**
- 3 **Pflegediensten der Altenpflege und**
- 4 **Heilerziehungspflege gleichwertig**
- 5 **betrachten.**
- 6 Pflege geht uns alle an.
- 7 Jeder Mensch kann jederzeit, an jedem Ort in
- 8 die Situation kommen, eine nach dem Gesetz
- 9 definierte Pflegebedürftigkeit zu erlangen. Sei
- 10 es durch Unfall, Krankheit oder durch Geburt.
- 11 Daher ist es von äußerster Dringlichkeit, dass
- 12 sich die Partei Die LINKE. Bremen noch
- 13 stärker dafür einsetzt, in der Gesellschaft und
- 14 auch in der Politik selbst, alle Formen der
- 15 Pflegeberufe gleichwertig und als Gesamtbild
- 16 zu betrachten.

Begründung:

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

Die Situation sieht derzeit so aus, dass sich der Begriff „Pflege“ in den meisten Handlungen der Politik auf Krankenhäuser bezieht und die Altenpflege, wie auch die Heilerziehungspflege hinten über fällt.

Formal gesehen gehört die Altenpflege und die Heilerziehungspflege in Bremen zwar zum Ressort und entsprechend zur Senatorin für Soziales, etc., jedoch sollten wir als Partei dafür eintreten, die Pflegeberufe gleichwertig und als Gesamtbild zu betrachten, denn Pflege ist nicht nur eine Sache der Krankenhäuser, sondern auch – und zum Teil vor allem, eine Sache der Altenpflege und der häuslichen Krankenversorgung.

Pflege darf nicht differenziert werden. Alle Bereiche der Pflege gehören zusammen und für alle Bereiche müssen wir gleichwertig eintreten und kämpfen.

A15

Antragsteller*innen: Cornelia Barth,
Christoph Spehr, Andreas Hein-Foge

- 1 **Genug gebremst!**
- 2 **Schuldenbremse ablehnen – finanzielle**
- 3 **Spielräume erweitern**

- 4 Der Abschied von der Schuldenbremse hat
- 5 begonnen. Zehn Jahre nach der
- 6 Festschreibung der Schuldenbremse im
- 7 Grundgesetz ist die Diskussion um ihre
- 8 Abschaffung oder zumindest Aufweichung in
- 9 vollem Gang. Bundesweit mehrten sich die
- 10 kritischen Stimmen. Marcel Fratzscher, Leiter
- 11 des Deutschen Instituts für

12 Wirtschaftsforschung (DIW), bezeichnet die
13 Schuldenbremse als „Fetisch“. Sie sei
14 „unsinnig“ und schädlich, da sie Investitionen
15 „bei der Infrastruktur, der Bildung und der
16 Innovation“ verhindert. Michael Hüther,
17 Leiter des arbeitgebernahen Instituts der
18 deutschen Wirtschaft (IW), nennt die
19 Schuldenbremse ebenfalls „nicht mehr
20 zielführend“. Er fordert eine Abkehr von der
21 „schwarzen Null“ und eine „Flexibilisierung“
22 der Schuldenbremse, um Kredite zum Abbau
23 des Investitionsstaus aufnehmen zu können.
24 In eine ähnliche Richtung bewegt sich ein
25 Impulspapier der Grünen auf Bundesebene
26 unter dem Titel „In die Zukunft investieren“.

27 Die Rahmenbedingungen haben sich
28 verändert. Die Schuldenbremse war eine
29 konservative Reaktion auf die Folgen der
30 Finanzkrise 2008/2009, in der die
31 Staatsschulden – durch die Ausgaben für
32 Bankenrettung und Konjunkturprogramme –
33 sprunghaft anstiegen. Statt diese Ausgaben
34 durch Besteuerung hoher Vermögen und
35 Einkommen zu refinanzieren, wurde mit der
36 Schuldenbremse ein Zwang zur
37 Ausgabenkürzung geschaffen. Zehn Jahre
38 später ist die Staatsverschuldung in
39 Deutschland von 80 Prozent des
40 Bruttoinlandsprodukts wieder auf unter 60
41 Prozent gefallen. Die Zinsen sind so niedrig,
42 dass man mit dem Aufnehmen von Darlehen
43 sogar Geld verdienen kann. Gleichzeitig sind
44 die Folgen des öffentlichen Investitionsstaus
45 allgegenwärtig: Von den Schulen bis zur
46 Bahn, von Forschung und Entwicklung bis zur
47 Bildung, vom Internet-Ausbau bis zu den
48 erneuerbaren Energien.

49 Die objektive Anforderung, bis 2035
50 klimaneutral zu werden, ist ohne große
51 Investitionen in Infrastruktur nicht zu
52 schaffen. Ein derart radikaler Umbau der
53 Energieerzeugung, der Mobilität und der
54 Stoffkreisläufe in derart kurzer Zeit muss

55 kreditfinanziert werden. Andernfalls würden
56 soziale Spaltung und Verarmung drastisch
57 zunehmen, die Konjunktur abgewürgt und die
58 gesellschaftliche Akzeptanz für die
59 Klimawende verspielt. Das eher symbolische
60 „Klimapaket“ der Bundesregierung opfert den
61 Stopp der globalen Erwärmung der
62 schwarzen Null. Das ist das Gegenteil von
63 Generationengerechtigkeit, denn die heute
64 Jungen werden die Folgen einer ökologisch
65 katastrophalen Situation tragen.

66 Die Schuldenbremse blockiert nicht nur
67 öffentliche, sondern auch private
68 Investitionen. Investitionen der Unternehmen
69 haben zur Voraussetzung, dass sich ihre
70 Profitabilität abschätzen lässt. Da der Staat
71 sich nicht entscheidet, ob er den Startschuss
72 zur klimaneutralen Wende gibt oder die
73 Klimakrise aussitzt, gibt es keine Klarheit über
74 die zukünftigen wirtschaftlichen
75 Rahmenbedingungen, und somit auch keine
76 Grundlage für langfristige private
77 Investitionen. Stattdessen fließt das
78 überreichlich vorhandene private Kapital in
79 Spekulation: Mit Boden und Immobilien, mit
80 Rohstoffen, und schon wieder mit
81 Finanzprodukten.

82 Der Ausstieg aus der Schuldenbremse ist
83 überfällig. Die Idee des grünen
84 „Impulspapiers“, auf Bundesebene eine
85 Vielzahl von „Investitionsgesellschaften“ zu
86 schaffen und mit Kreditermächtigungen
87 auszustatten, ist dafür nicht ausreichend.
88 Langfristig würde dieser Versuch, die
89 Schuldenbremse beizubehalten und
90 kreditfinanzierte Investitionen vollständig an
91 eigene „Investitionsgesellschaften“ zu
92 übergeben, den Charakter des Staates
93 verändern. Die öffentlichen Ausgaben
94 würden dann nur noch indirekt demokratisch
95 kontrolliert. Der Bruch mit der
96 Schuldenbremse ist daher auch ein Gebot der
97 Demokratie.

98 Solange die Schuldenbremse nicht auf
99 Bundesebene abgeschafft wird, müssen auf
100 Landesebene allerdings die Möglichkeiten
101 konsequent genutzt werden, zusätzliche
102 finanzielle Spielräume zu erschließen. Für das
103 Land Bremen waren diese Möglichkeiten
104 durch die Sanierungsverträge 2011-2019
105 stark eingeschränkt. Ab 2020 sieht die
106 Situation anders aus.

107 Die Schuldenbremse lässt eine Reihe von
108 Wegen offen, öffentliche Ausgaben über
109 Kredite zu finanzieren. Sie verbietet nicht,
110 öffentliche Unternehmen mit öffentlichen
111 Aufgaben zu betrauen, für die diese
112 Unternehmen Kredite aufnehmen –
113 vorausgesetzt, sie haben zur Hälfte
114 Einnahmen, die nicht vom Staat kommen.
115 Das gilt z.B. für alle kommunalen und
116 bundesstaatlichen Verkehrs- und
117 Wohnungsbauunternehmen, für die
118 Krankenhäuser und Energieunternehmen
119 usw. Ebenso kann der Staat Beteiligungen an
120 Unternehmen erwerben oder aufstocken und
121 dies mit Krediten finanzieren. Dazu gehört
122 auch, eigenen Unternehmen Kapital
123 zuzuführen: Jede Kapitalerhöhung bei
124 Flughafen, GeNo oder BSAG wird nicht auf die
125 Schuldenbremse angerechnet, auch wenn
126 dafür neue staatliche Kredite aufgenommen
127 werden.

128 Die bisherige Finanzplanung der rot-grün-
129 roten Koalition in Bremen zeigt, dass der
130 politische Wille deutlich stärker werden
131 muss, auf kreative Weise finanzielle
132 Spielräume zu erschließen. Der Haushalt
133 2020/2021 ist überlastet mit Vorbelastungen
134 und Ausgabenrisiken, die noch aus der alten
135 Legislaturperiode stammen. Wenn die neuen
136 Vorhaben des Koalitionsvertrags sich nicht in
137 symbolischen Maßnahmen,
138 „Modellprojekten“ und Kosmetik erschöpfen

139 sollen, müssen die Möglichkeiten
140 entschlossen genutzt werden, trotz
141 Schuldenbremse öffentliche Investitionen
142 und zukunftsorientierte Ausgaben zu
143 realisieren.

144 Die Optionen sind bekannt. Schul- und Kita-
145 Bau kann durch Beauftragung von GEWOBA
146 und BREBAU beschleunigt werden. Der
147 Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs kann
148 von der BSAG selbst kreditfinanziert werden.
149 Die BREBAU (als GmbH, die vollständig in
150 öffentlichem Besitz ist) könnte zu einer
151 Stadtentwicklungsgesellschaft
152 weiterentwickelt werden. Rücklagen,
153 Vorsorgefonds und die Aufbaubank können
154 für Investitionen oder Flächenankauf genutzt
155 werden. Wirtschaftsförderung ist auf dem
156 Wege der Beteiligung
157 schuldenbrensenneutral möglich.

158 All das wird nicht von der Schuldenbremse
159 verhindert. Es ist eine Frage des politischen
160 Willens. Wenn diese Möglichkeiten, den
161 Haushalt durch alternative Kreditfinanzierung
162 zu entlasten, nicht wahrgenommen werden,
163 wird die Debatte um Einnahmesteigerungen
164 geführt werden müssen, z.B. durch eine
165 Erhöhung der Gewerbesteuer.
166 Wirtschaftspolitisch wäre dies nicht
167 wünschenswert. An einer Ausweitung der
168 Ausgaben für Bildung, Soziales, Wohnen und
169 Nahverkehr führt jedoch kein Weg vorbei.

170 Wir fordern daher Koalition und Senat dazu
171 auf, im Rahmen der Haushaltsberatungen
172 intensiver als bisher alternative
173 Finanzierungsmöglichkeiten einzuplanen, um
174 den Spielraum für die politischen Projekte zu
175 erschließen, die jetzt notwendig sind. Die
176 Schuldenbremse bleibt weiterhin falsch. Sie
177 darf aber nicht zur Ausrede werden, sich das
178 nicht zu trauen, was trotz Schuldenbremse
179 möglich ist. Bremen.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

Kandidatur für den Landesvorstand

Liebe Genoss*innen,

mein Name ist Anna Fischer und ich kandidiere für den Landesvorstand. Ich bin 22 Jahre alt, seit fünf Jahren Mitglied der Partei und seit über sechs Jahren Mitglied und aktiv im Jugendverband. Ich bin in Bremen geboren und aufgewachsen und studiere hier mittlerweile im siebten Semester Politikwissenschaft und Kommunikations- und Medienwissenschaft.



Ich bin momentan schwerpunktmäßig im Bündnis "Together we are Bremen" (TWAB) aktiv. TWAB ist ein selbstorganisiertes Bündnis von geflüchteten jungen Menschen und weiteren Aktivist*innen, die gegen Rassismus und Ausgrenzung und für Bleiberecht, Bildung und eine Stadt für Alle kämpfen.

Ich kandidiere für den Landesvorstand, weil ich glaube, dass es gerade jetzt wichtig ist, dass der Landesverband möglichst stark aufgestellt ist um die verschiedenen aktuellen Herausforderungen linker Politik gut zu meistern.

Mir ist es wichtig, dass wir als Landesverband als Korrektiv – als kritische Stimme – gegenüber den Abgeordneten und Senator*innen in der Regierung agieren. Wir müssen es schaffen, die vielen Stimmen der Straße weiter an das Parlament heran zu tragen und mit unserer Politik soziale Bewegungen zu stärken.

Auch Unabhängig von unserer Regierungsbeteiligung ist linke Politik momentan so wichtig wie lange nicht mehr. Rechte Ideen sind längst auch in der gesellschaftlichen Mitte salonfähig geworden und die Neuigkeiten über rechtsradikale Angriffe auf Geflüchtete und Migrant*innen, auf Antifaschist*innen, Jüd*innen und andere Minderheiten sind dabei zur Normalität zu werden. Gleichzeitig gibt es Bewegungen die Hoffnung machen: junge Menschen die gegen die Klimakrise und für eine bessere Zukunft auf die Straße gehen, queerfeministische und antirassistische Stimmen, die lauter und drängender für bessere gesellschaftliche Teilhabe kämpfen. Ich finde es wichtig, dass wir bei aktuell stattfindenden politischen Auseinandersetzungen und Kämpfen lautstark dabei sind!

Sowohl in der Regierungsbeteiligung, als auch auf der Straße können wir nur dann stark vertreten sein, wenn wir als Partei auch entsprechend aufgestellt sind. Wir brauchen viele Menschen, die motiviert sind, linke Politik im Rahmen unserer Partei in die Hand zu nehmen. Wir brauchen Strukturen, die attraktiv sind, um sich in der Partei zu engagieren und eine parteiinterne Atmosphäre die motiviert und Mut macht. Mir ist es wichtig, dass wir vor allem junge Menschen ansprechen und überzeugen aktiv zu werden. Ich glaube, dass wir gerade auf einem guten Weg dafür sein könnten und hoffe, dass wir diesen auch tatsächlich weiter gehen.

Im Landesvorstand möchte ich mich für diese Dinge einsetzen. Ich möchte mich insbesondere dabei einbringen, die Strukturen der Partei wo möglich umzubauen und attraktiver zu machen und hoffe, dass es noch viele andere motivierte Menschen gibt, die daran ebenfalls mitwirken wollen!

Bewerbung für den Landesvorstand



Christoph Spehr

*20.05.1963; Kreisverband Mitte-Ost

In den vergangenen Jahren haben wir uns als ein engagierter, kämpferischer, kluger und eingreifender Landesverband in Bremen und Bremerhaven etabliert. Wir haben viel Druck gemacht für eine soziale Mieten- und Bodenpolitik und gegen Spekulation, für bessere Personalausstattung und gegen die Schuldenbremse, für eine offene Stadtgesellschaft und gegen Rechts, für Klimaschutz und gegen Hartz IV.

Mit dem Eintritt in eine rot-grün-rote Bremer Landesregierung haben wir als Landesverband ein neues Kapitel aufgeschlagen. Bei allem Realismus muss klar sein: Dies muss sich in einer linken Handschrift nicht nur auf dem Papier, sondern in der Realität niederschlagen. Wir sollten daher vor der Mitte der Legislaturperiode eine gemeinsame Zwischenbilanz ziehen – um Konsequenzen für unser Handeln zu ziehen und z.B. mit geschärften Zielen und Forderungen bereits an die Aufstellung des zweiten Koalitions-Haushalts heranzugehen. Es wird zu den Aufgaben des neuen Landesvorstands gehören, eine solche Zwischenbilanz für das Frühjahr 2021 vorzubereiten und die Diskussion zu organisieren.

Eigenständig als Partei sichtbar sein, sozialistische Politik in Bewegungen, in Parlamenten und in der Öffentlichkeit wahrnehmbar zu machen: An dieser zentralen Aufgabe des Landesverbands ändert sich nichts. Der Landesvorstand muss Mitglieder, Landesverband, Kreise und Beiräte dabei unterstützen und mit Vorschlägen und Inhalten vorangehen.

Auch wir stehen vor der Frage: Wenn neoliberale Hegemonie derzeit stärker in Frage gestellt wird (z.B. in Klima- und Finanzpolitik), wenn Bewegungen deutlich antikapitalistische Forderungen erheben (z.B. in der Wohnungspolitik), wenn die von uns immer angegriffene Politik der Agenda 2010 zunehmend als falsch erkannt wird – warum stärkt uns das als Partei nicht entsprechend? Darüber müssen wir reden, im Rahmen der Strategiedebatte der Bundespartei und mit einer eigenständigen Diskussion im Landesverband.

Ursprünglich hatte ich vorgehabt, für das Amt des stellvertretenden Landessprechers zu kandidieren. Nachdem Felix mitgeteilt hat, dass er nicht mehr als Landessprecher zur Verfügung stehen möchte, bewerbe ich mich um die Position des Landessprechers. Ich bin Mitglied im Kreisvorstand Mitte-Ost, war 2008-2015 Landessprecher, arbeite als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Fraktion. Neben der Partei engagiere ich mich u.a. seit Langem im Bereich der internationalen Solidaritätsarbeit und Nord-Süd-Gerechtigkeit.